

Chronik eines angekündigten Wahlsiegs: Venezuelas Präsident Hugo Chávez geht gestärkt aus dem Volksentscheid über seine Amtsenthebung hervor

Welsch, Friedrich; Reyes, Gabriel

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Welsch, F., & Reyes, G. (2004). *Chronik eines angekündigten Wahlsiegs: Venezuelas Präsident Hugo Chávez geht gestärkt aus dem Volksentscheid über seine Amtsenthebung hervor*. (Brennpunkt Lateinamerika, 17). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443703>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 17

8. September 2004

ISSN 1437-6148

Chronik eines angekündigten Wahlsiegs

Venezuelas Präsident Hugo Chávez geht gestärkt aus dem Volksentscheid über seine Amtsenthebung hervor

Friedrich Welsch / Gabriel Reyes

Die klare Bestätigung von Hugo Chávez Frías als venezolanischer Staatspräsident in einem von der Opposition herbeigeführten Volksentscheid ist nicht gleichzusetzen mit der Überwindung der politischen Dauerkrise des Landes. Trotz der Gütesiegel der Beobachtereams von OAS und Carter-Zentrum bestehen begründete Zweifel an der Transparenz des Prozesses. Andererseits erscheint der Sieg des Präsidenten im Licht der von Meinungsforschern festgestellten Tendenzen plausibel. Chávez konnte seine Beliebtheit und die Einschätzung der Leistungen seiner Regierung dank der in „Missionen“ gebündelten Transfers an die armen Schichten kontinuierlich steigern. Es ist zu erwarten, dass Chávez seine Position in den kommenden Kommunal- und Regionalwahlen weiter zu stärken vermag und nach fast zwei Jahren Stillstand wieder Bewegung in die bolivarianische Revolution bringt. Venezuelas Gewicht im regionalen und internationalen Umfeld dürfte zunehmen.

Hugo Chávez' achter Wahlsieg in Folge

Dass der fast zweijährige politische Kampf der Opposition um die Amtsenthebung des Präsidenten Chávez mit dessen mittlerweile achtem Wahlsieg in Folge seit 1998 enden würde, überraschte nicht nur seine Gegner, sondern auch so manchen in seinen eigenen Reihen. Beredtes Zeugnis dieses Umstands war die spannungsgeladene Ruhe in der Hauptstadt Caracas und im Landesinnern in den Tagen nach Bekanntgabe des ersten vorläufigen Ergebnisses des Volksentscheids vom 15. August. Dieser war nur kurzzeitig unterbrochen von den Ovationen einer eher kleinen Schar von Chávez-Anhängern, die sich in den frühen Morgenstunden des 16. August vor dem Sitz des Staatspräsidenten eingefunden hatte. Überrascht war auch manch einer seiner intel-

lektuellen Bewunderer außerhalb Venezuelas wie etwa James Petras, der wenige Wochen vor dem von ihm als „nur scheinbar demokratisch“ bezeichneten Volksentscheid die Rechte und den US-Imperialismus triumphieren sah und davor gewarnt hatte, das Carter-Zentrum würde in Venezuela „Wahlbetrug legitimieren“ (Petras 2004a). Nach Chávez' Sieg allerdings avancierte das Referendum bei Petras zu einer Lektion in Demokratie und „Inspiration für Millionen Lateinamerikaner“, dessen Qualität durch das internationale Gütesiegel der OAS und des Carter-Zentrums unterstrichen werde (Petras 2004b).

Keineswegs überrascht jedoch zeigte sich Hugo Chávez. Seine Hinhaltetaktik war aufgegangen, das Hinauszögern des Referendums bis zum Ende der verfassungsmäßigen Frist hatte ihm Zeit verschafft, und er nutzte sie für sein Wahlziel,

indem er die Staatsausgaben im ersten Halbjahr verdoppelte, vor allem durch direkte Transfers an die ärmeren Bevölkerungsschichten jenseits der institutionalisierten Sozialpolitik. Als die Wahlbehörde nach monatelangem Hin und Her schließlich feststellte, die Opposition habe genügend Unterschriften gesammelt, um die Volksbefragung zur Amtsenthebung des Staatspräsidenten herbeizuführen, strahlte er in einer seiner häufigen, zur besten Sendezeit über alle Kanäle zwangsübertragenen Radio- und Fernsehansprachen bereits Zuversicht aus. Wie Ezequiel Zamora, liberaler Caudillo des 19. Jahrhunderts, werde er den scheinbar überlegenen Feind in einer Neuauflage der Schlacht von Santa Inés (1859) auf sein ureigenstes Territorium locken und schlagen; er übernehme persönlich die Leitung seines Wahlkampfkommandos, das er *Comando Maitasanta* taufte, nach einem seiner Vorfahren, der sich als Guerillaführer zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegen die Diktatoren Cipriano Castro und Juan Vicente Gómez aufgelehnt hatte:

„Auf in die Schlacht von Santa Inés, heute beginnt die Schlacht von Santa Inés, unter der Führung von General Zamora, General Bolívar und General Sucre! Das venezolanische Volk, das Volk, das Südamerika befreite, wird einmal mehr zeigen, dass es eine Oligarchie besiegen kann, die sich unser Vaterland, das Vaterland Bolívars aneignen will“ (Chávez 2004).

Für Chávez und seine Anhänger war es der achte Wahlsieg in Folge: Präsidentschaftswahlen 1998 und 2000, drei Volksentscheide bzw. -befragungen: Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung 1999, Annahme der Verfassung 1999 und Neuwahl der Gewerkschaftsvorstände 2000; sowie die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 1999 und die Parlaments-, Regional- und Kommunalwahlen 2000. Ein weiterer Sieg in der Kette, die er in Anlehnung an den erfolgreichen Feldzug Bolívars des Jahres 1813 gegen die Royalisten als seine *Campaña Admirable* bezeichnet hatte (Chávez 2003).

Der dornige Weg zum Volksentscheid

Im Gefolge des gescheiterten Militärputschs gegen Chávez vom 11. April 2002 keimte in Venezuela zunächst die Hoffnung auf, Regierung und Opposition könnten sich auf gemeinsamem Terrain begegnen oder gar versöhnen: im Parlament nahm ein Untersuchungsausschuss seine Arbeit auf, der von einem Abgeordneten der Opposition geleitet wurde; Präsident Chávez und führende Vertreter der Opposition signalisierten Ge-

sprächsbereitschaft; zum ersten (und bisher einzigen) Mal seit Inkrafttreten der neuen Verfassung von 1999 wurde der Föderale Regierungsrat einberufen, die Vertretung der Bundesstaaten und Gemeinden, dessen Mitsprache die Regierung vor allem deshalb zu vermeiden suchte und sucht, weil ein Drittel der Gouverneure und zwei Drittel der Bürgermeister dem Lager der Opposition zugerechnet werden. Die Regierung richtete einen Runden Tisch als Forum für Diskussionen zur Überwindung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Dauerkrise ein, verurteilte dann ihre Initiative aber zum Scheitern, weil sie darauf bestand, Teilnehmer und Tagesordnung einseitig zu bestimmen. Die Drittelspaltung der venezolanischen Gesellschaft (etwa je ein Drittel für und gegen Chávez, ein Drittel in der Mitte) konnte nicht überwunden, die Lagermentalität der Chávez-Gefolgsleute und -Gegner nicht durchbrochen werden.

Die *Coordinadora Democrática*, Sprachrohr der bunt zusammengewürfelten Opposition aus Parteien, Nichtregierungsorganisationen, Nachbarschafts- und kirchlichen Gruppen sowie Unternehmer- und Gewerkschaftsverbänden, die sich vor allem um das Ziel bündelt, Chávez aus dem Amt zu hebeln, rief für den 14. Oktober 2002 erstmals zu einer breitangelegten Unterschriftenaktion auf, mit der eine Volksbefragung zum „freiwilligen Amtsverzicht“ des Staatspräsidenten herbeigeführt werden sollte. Laut Artikel 71 der Verfassung können wenigstens 10% der eingeschriebenen Wähler solche Volksbefragungen (*referendo consultivo*) zu Themen „besonderen nationalen Interesses“ initiieren, das waren zu jenem Zeitpunkt circa 1,2 Millionen Unterschriften. Die Kräfte der Opposition reichten bei der Wahlbehörde (CNE – *Consejo Nacional Electoral*) knapp 1,9 Millionen Unterschriften ein. Mit einer Mehrheit von vier Stimmen gegen eine beschloss der Rat, die entsprechende Volksbefragung am 2. Februar 2003 durchzuführen. Die Initiative wurde jedoch – nicht ohne starken Druck seitens der Regierung und der sie tragenden Parteien – von der Wahlkammer des Obersten Gericht abgeblockt, das im gleichen Atemzug der Wahlbehörde verbot, Wahlen jeder Art vorzubereiten. Die venezolanische Verfassung definiert fünf Gewalten: neben Legislative, Exekutive und Judikative noch die „Bürgergewalt“ (*Poder Ciudadano*) und die „Wahlgewalt“ (*Poder Electoral*). Doch Auch wenn die Verfassung der Wahlbehörde den Rang einer Fünften Gewalt einräumt, war sie damit praktisch außer Kraft gesetzt, der politische Grabenkrieg verschärfte sich, die Krise erschien ausweglos.

In dieser Situation fanden sich Regierung und Opposition bereit, unter der Moderation der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) und des Carter-Zentrums eine Verhandlungs- und Verständigungskommission (*Mesa de Negociación y Acuerdos*) einzurichten, die Vorschläge zu drei Themenbereichen erarbeiten sollte: Überwindung der politischen Krise durch Wahlen, Entwaffnung der Zivilbevölkerung und Einrichtung einer Wahrheitskommission zur Aufklärung des Massakers, das den Staatsstreich vom April 2002 ausgelöst hatte. Die Kommission nahm unter dem Vorsitz des OAS-Generalsekretärs César Gaviria im November 2002 ihre Arbeit auf; im Februar 2003 wurde eine Erklärung gegen Gewalt und für Frieden und Demokratie verabschiedet (Defensoría del Pueblo 2004a), im Mai ein langatmiges Abkommen zwischen Regierung und *Coordinadora Democrática* unterzeichnet, in dem man eigentlich nur die Verfassungsbestimmungen über Volksentscheide bekräftigte, aber immerhin der *Coordinadora* den Rang eines Vertragspartners auf Augenhöhe der Regierung einräumte (Defensoría del Pueblo 2004b).

Regierung und Opposition setzten ihren Grabenkrieg jedoch trotz der Verhandlungen fort, und im Dezember riefen die Chávez-Gegner zu einem Generalstreik auf, um ihrer Forderung nach Durchführung einer Volksbefragung über den freiwilligen Rücktritt des Präsidenten Nachdruck zu verleihen. Der Streik wurde im Januar abgebrochen, ohne sein Ziel erreicht zu haben, verursachte dem Land aber herbe Einbußen und kostete die Opposition politisches Kapital. Am 2. Februar, dem ursprünglich von der Wahlbehörde festgesetzten und später vom Obersten Gericht aufgehobenen Termin der Volksbefragung, führte die Opposition eine zweite Unterschriftenaktion durch. Den Bürgern wurden neben Unterschriftenbögen zur Einberufung von Volksentscheiden gegen Mandatsträger der Regierungskoalition drei Optionen zum Mandat des Staatspräsidenten vorgelegt:

- Verfassungsänderung mit dem Ziel der Abkürzung seines Mandats, als Auslöser für vorgezogene Wahlen (von 4,4 Millionen Bürgern unterstützt);
- Volksentscheid zur Abberufung des Staatspräsidenten (3,2 Millionen Unterschriften);
- Volksentscheid zum Widerruf der unter dem Ermächtigungsgesetz dekretierten Gesetze (3,5 Millionen Unterschriften).

Die Unterschriften wurden bis zum 20. August verwahrt, denn sie konnten erst nach Ablauf der Halbzeit des Mandats des Staatspräsidenten (19. August 2003) der Wahlbehörde wirksam übergeben werden. Deren Leitung war inzwischen von der Wahlkammer des Obersten Gerichts ernannt worden, weil das Parlament den von derselben Instanz im Januar praktisch amtsenthobenen Rat nicht neu zu bilden vermochte. Es hatte sich als unmöglich erwiesen, die für die Ernennung der fünf Räte erforderliche Zweidrittelmehrheit zu erreichen: Beide Seiten hatten zwar Einigung über jeweils zwei „ihrer“ Vertreter erzielt, konnten sich aber nicht auf einen neutralen fünften verständigen. Das Gericht übernahm die Personalvorschläge beider Seiten und benannte als Vorsitzenden einen, wie sich später unzweifelhaft herausstellte, ausgewiesenen Parteigänger der Regierung. Damit war die in der Verfassung festgelegte Unabhängigkeit der Fünften Gewalt in Frage gestellt.

Der neue Wahlrat erklärte die Unterschriften für ungültig, weil sie nicht fristgemäß und ohne die erforderlichen (aber nirgendwo festgelegten) Formalitäten eingesammelt worden seien. Im September beschloss der Rat einstimmig strenge Verfahrensvorschriften für Unterschriftenaktionen und setzte den Zeitraum vom 28. November bis 1. Dezember zur Wiederholung der Unterschriftensammlung gegen den Staatspräsidenten und andere Mandatsträger der Regierungskoalition fest. Zuvor hatte der Wahlrat nach denselben Regeln bereits eine Aktion der Regierungskoalition gegen Mandatsträger der Opposition beaufsichtigt. Im Dezember übergab die *Coordinadora* dem Rat nach ihren Angaben etwa 3,4 Millionen einzeln geprüfte Unterschriften, eine Million über der erforderlichen Schwelle von gut 2,4 Millionen. Nach einem langwierigen Tauziehen um die Gültigkeit dieser Unterschriften, begleitet von ständigen Attacken des Präsidenten und seiner Gefolgsleute wegen des von ihnen so gesehenen „Mega-Betrugs“ (*megafraude*) dieser Aktion, annullierte der Rat schließlich über 1,4 Millionen Unterschriften, eröffnete aber gleichzeitig die Möglichkeit, dass die Bürger diese in einer weiteren Aktion bestätigten oder zurückzogen. Die vom Wahlrat digitalisierten Unterschriftenlisten gerieten in die Hände der Regierung und wurden öffentlich gehandelt, so zum Beispiel auf der Internetseite des Abgeordneten Tascón (MVR, *Movimiento Quinta República*), und lösten mannigfache Repressalien aus, zum Beispiel Entlassungen im öffentlichen Sektor und in Staatsunternehmen. Unterzeichner wurden pauschal als Verschwörer abgestempelt (so etwa Bildungsmi-

nister Istúriz, s. OAS 2004) und von Chávez als Lakaen „unvenezolanischer“ Interessen geradezu verteuft. Seinem Gespür für massenwirksame Gleichnisse und Symbolik folgend übertrug Chávez die bekannte Ballade „Florentino y el Diablo“ des *Llano*-Dichters Alberto Arvelo Torrealba auf den politischen Konflikt um den Volksentscheid; dort verkörpert Florentino die Unabhängigkeit Venezuelas und der Teufel die Einmischung von außen. „Florentino y el Diablo“ wurde zum Wahlkampfemblem der Regierung.

Ende Mai 2004 konnten die Bürger endlich ihre Unterschriften bestätigen oder löschen, wenn sie seit ihrer Entscheidung vom November 2003 ihre Meinung geändert hatten. Das Regierungslager hatte sich von dieser Möglichkeit versprochen, genügend Löschungen zu erreichen und damit den Volksentscheid abzuwenden. Die Rechnung ging jedoch nicht auf. Nach mehrwöchiger Prüfung und nicht zuletzt unter dem Druck der internationalen Beobachter von OAS und Carter-Zentrum verkündete der Wahlrat Anfang Juni 2004, die *Coordinadora* habe genügend Unterschriften beigebracht und legte die Durchführung des Volksentscheids auf den allerletzten Termin, zu dem eine Entlassung des Präsidenten mit nachfolgenden Neuwahlen möglich war, nämlich den 15. August. Chávez akzeptierte diese Entscheidung guten Mutes, löste umgehend sein bis dahin tätiges Wahlkampfteam *Comando Ayacucho* auf und setzte ein neues *Comando Maisanta* ein, dessen Leitung er persönlich übernahm und dem nahezu das gesamte Kabinett angehörte, mit den regierungstreuen Gouverneuren

und Bürgermeistern als regionalen und lokalen Verantwortlichen.

Wahlkampf und Ergebnis des Volksentscheids

Im Juni, Juli und der ersten Augushälfte stand Venezuela im Zeichen einer Wahlkampagne, in der die überwiegende Mehrheit der Medien erwartungsgemäß die Opposition unterstützte, während die Regierung ihrerseits alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzte. Beide Seiten überboten sich gegenseitig mit Massenveranstaltungen. Die Wahlkampfdynamik mobilisierte einen Grossteil der Gesellschaft und ließ eine hohe Bürgerbeteiligung erwarten, die sich dann auch einstellte; zu Zwischenfällen kam es kaum. Nach der erfolgreichen Unterschriftenaktion war die öffentliche Meinung mehrheitlich für eine Entlassung des Präsidenten Chávez aus seinem Amt; die Opposition besaß den Umfragen zufolge eine gute Ausgangsposition für ihr Begehren, hatte jedoch keine zukunftsorientierte Botschaft zu verkünden. Die Stimmung wandelte sich, zunächst nur langsam, dann immer deutlicher. Nahezu alle Umfragen zeigten ein Anwachsen des „No“, also der Option gegen die Amtenthebung; die Kurven des „Sí“ und des „No“ kreuzten sich im Juni, und im Juli war der Vorsprung des „No“ bereits so deutlich wie es der des „Sí“ im März gewesen war (s. Tabelle 1). In den regierungsfeindlichen Medien wurden diese Daten kaum analysiert und erst veröffentlicht, als Regierungsvertreter damit drohten, sie ihrerseits bekanntzugeben.

Tabelle 1: Entwicklung der Umfragen zum Volksentscheid 2004

Institut	Option	März	Mai	Juni	Juli
Consultores 21/Venezuela	Ja:Nein	66:28		55:41	
Datanálisis/Venezuela	Ja:Nein	59:41	57:43		
Datos/Venezuela	Ja:Nein			39:51	
Hinterlaces/Venezuela	Ja:Nein				40:51
Keller y Asociados/Venezuela	Ja:Nein				34:45
Evans McDonough/USA	Ja:Nein			41:49	
Greenberg-Quinlan-Rosner/USA	Ja:Nein	51:43	49:47	44:49	
North American Opinion Research	Ja:Nein			41:57	35:60

Quellen: Consultores 21, Datanálisis, Datos, Hinterlaces, Keller, Evans McDonough, Greenberg, NAOR in Venezuelan Views 2004.

Tabelle 2: Endergebnis des Volksentscheids über die Amtsenthebung des Präsidenten Chávez

Wählerschaft	14.037.900	100%
Abgegebene Stimmen	9.841.625	70%
Gültige Stimmen	9.789.637	99,5%
Ja (Chávez soll gehen)	3.989.008	41%
Nein (Chávez soll bleiben)	5.800.629	59%

Quelle: Consejo Nacional Electoral 2004.

Die Wahlbehörde verkündete in den frühen Morgenstunden des 16. August ein vorläufiges Ergebnis des Volksentscheids, das dem Trend der Umfragen entsprach: 59% der Wähler hatten sich gegen die Entlassung des Präsidenten Chávez aus seinem Amt ausgesprochen und 41% dafür (Das Endergebnis ist in Tabelle 2 erfasst).

Eine kurze politgeografische Analyse zeigt, dass Chávez in nahezu allen Bundesstaaten vorn lag, auch in den von oppositionellen Gouverneuren regierten. Lediglich auf der Insel Margarita mit ihrem regierungstreuen Gouverneur hatte das „Ja“ einen winzigen Vorsprung. Chávez setzte sich auch in den meisten Großstädten durch, verlor jedoch knapp in den drei bevölkerungsreichsten des Landes: Groß-Caracas, Maracaibo und Valencia, alle von der Opposition regiert.

Da in diesen Städten ärmere Schichten den weitaus größten Anteil an der Bevölkerung stellen und sich überdies – ebenso wie die Mittel- und Oberschicht – in ziemlich genau abgrenzbaren Vierteln konzentrieren, kann man hier das schichtenspezifische Abstimmungsverhalten näher ablesen. Ähnliches gilt für den ethnischen Aspekt: So gibt es etwa in der Region Barlovento des Bundesstaats Miranda nahezu einheitlich schwarze Gemeinden, die in der Epoche der spanischen Kolonialherrschaft von entlaufenen Sklaven in diesem schwer zugänglichen Gebiet gegründet worden waren. In den Bundesstaaten Amazonas (Südwesten) und Delta Amacuro (Orinoko-Delta) sind indigene Ethnien stark vertreten, ebenso wie in einigen Gemeinden des Bundesstaats Zulia im Nordwesten.

Anhand der Daten für solche schicht- und ethnospezifischen Bezirke lassen sich die im Chávez-Diskurs stets präsenten und von manchen Intellektuellen (z.B. Petras 2004a und 2004b; Lander 2004) vertretenen Klassen- bzw. Rassenkampfthesen überprüfen, denen zufolge die Spaltung der Venezolaner in Chávez-Anhänger und -Gegner Ausdruck der Widersprüche zwischen arm und reich sowie zwischen nicht-weiß und weiß ist. Einem kurzen Blick auf die Ergebnisse des Volksentscheids in einigen emblematischen

Bezirken halten diese radikal dualistischen oder manichäischen Thesen nicht stand.

Arm gegen reich? Zwei Gemeinden mit sehr hohem Pro-Kopf-Einkommen in Venezuela, Chacao im Bundesstaat Miranda (geografisch Teil von Groß-Caracas) und die von deutschen Einwanderern gegründete Colonia Tovar im Bundesstaat Aragua weisen diametral entgegengesetzte Ergebnisse aus: während in Chacao das „Ja“ mit 80:20 gewonnen hat, siegte in Tovar das „Nein“ mit einem über dem nationalen Durchschnitt liegenden Verhältnis von 67:31. In dem bevölkerungsreichen, hauptsächlich aus Armutsvierteln bestehenden Bezirk Petare im Osten von Groß-Caracas (Stadt Sucre des Bundesstaats Miranda, Bürgermeister regierungstreu) lag das „Ja“ mit 52:48 vor dem „Nein“, während in den ebenso bevölkerungsreichen und armutsdominierten Caracas-Bezirken Macarao, 23 de Enero und El Valle das „Nein“ mit überdurchschnittlichen Resultaten von 74, 69 und 64% triumphierte. Andererseits setzte sich in den Mittelstandsbezirken San Bernardino, El Recreo und El Paraíso das „Ja“ mit 60-70% durch.

Nicht-weiß gegen weiß? In der nahezu rein schwarzen Gemeinde Brion im Bundesstaat Miranda mit ihren ca. 20.000 wahlberechtigten Bürgern gewann Chávez zwar deutlich mit 64%, aber immerhin ein gutes Drittel (35%) entschied sich gegen ihn. In den Staaten mit hohen Bevölkerungsanteilen indigener Ethnien – Delta Amacuro und Amazonas – war das Verhältnis mit 70:30 noch günstiger für Chávez, aber in Machiques de Perijá, der Gemeinde mit dem größten Reservat der Ethnien Yucpa und Barí, war das Verhältnis mit 51:49 für Chávez nahezu ausgeglichen. In Sinamaica im Staat Zulia, bewohnt von der Ethnie der Wayuu, kam es mit 59:33 zu einem dem nationalen Durchschnitt angenäherten Ergebnis.

Die Zusammensetzung der Lager erscheint mithin zu komplex, als dass sie mit simplen Dualismus-Thesen erfasst werden könnte. Zwar steigt die Abneigung gegen Chávez durchweg mit dem Einkommen und der sozialen Leiter, und sein

Zuspruch wächst in nicht-weißen Ethnien, das heißt Schichtzugehörigkeit und Ethnie sind brauchbare Indikatoren für die Haltung ihm und seiner Politik gegenüber; gleichwohl gibt es aber auch intervenierende Variablen, das heißt spürbare Einflüsse anderer Faktoren wie etwa der ideologische Standort, Einstellungen zu demokratischen Verfahrensregeln (Oropeza et al. 2001) oder die Einschätzung der Leistung und Popularität der Regierenden auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene (Welsch/Carrasquero 2000).

Die letztere Variable – Einschätzung der Regierungsleistung auf nationaler Ebene und die Popularität von Chávez – besitzt offenbar eine gute Erklärungskraft, wie verschiedene Umfragen der vergangenen Jahre zeigen. So dokumentiert Keller (2003) einen stetigen Verfall der Popularität des Präsidenten Chávez von hohen 71% im 4.

Quartal 1999 auf nur noch 31% im 3. Quartal 2003; dabei schätzen die Chávez-Anhänger die wirtschaftliche Lage im Land und in ihren Familien um ein mehrfaches besser ein als seine Gegner. Entsprechend hätte Chávez im 3. Quartal einen Volksentscheid mit 65:35 verloren, und nur ein Drittel meinte, Chávez könne einen solchen Entscheid gewinnen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen im selben Zeitraum Greenberg/ Quinlan/ Rosner (2003) mit 65:32 und *Consultores 21* (2003) mit 58:38. In der Greenberg-Studie sehen 69% die wirtschaftliche Lage als schlecht an, allerdings verteilen sie die Verantwortung dafür zu fast gleichen Teilen auf Chávez (47%) und die Opposition (43%); bei *Consultores 21* halten 30% die Lage für gut, während 70% eine Kursänderung fordern.

Tabelle 3: Stimmungsbarometer und Wahlabsicht 2002-2004

Variable und Institut	7-8 2003	2-3 2004	6-7 2004
Wirtschaftslage verschlechtert (Greenberg)	69%		42%
Chávez ist dafür verantwortlich (Greenberg)	47%		
Die Opposition ist verantwortlich (Greenberg)	43%		
Politische Kursänderung nötig (Consultores 21)	70%		
Regierung leistet gute Arbeit (Greenberg)		47%	54%
Chávez hilft den Armen (Greenberg)		53%	62%
Die Missionen sind eine gute Sache (Greenberg)			58%
Die Missionen sollten erweitert werden (Greenberg)			68%
Wahlabsicht/Für: Gegen Chávez (Indaga)	40:51%	50:47%	55:42%

Quellen: Consultores 21, Greenberg und Indaga in *Venezuelan Views* 2004.

Laut *Consultores 21* sank die Zustimmung zur Politik des Präsidenten von beeindruckenden 80% im ersten Quartal 1999 fast kontinuierlich – mit einem Zwischenhoch von 70% nach der Wahl im Juli 2000 und einem weiteren von 50% nach dem gescheiterten Putsch vom April 2002 – auf immer noch respektable 36% im dritten Quartal 2003; demzufolge waren zu diesem Zeitpunkt etwa 40% der Venezolaner von den Leistungen der Regierung Chávez enttäuscht.

Das Bild wandelte sich in der ersten Jahreshälfte 2004. Schon im März stellte Greenberg (*Venezuelan Views* 2004) fest, dass sich das Ansehen der Regierung bei den Venezolanern

deutlich verbessert hatte. Die positiven und negativen Bewertungen hielten sich nunmehr fast die Waage, und im Juli waren sie mehrheitlich positiv, sicher auch aufgrund der Tatsache, dass Chávez die Entscheidung der Wahlbehörde zur Durchführung des Volksentscheids ausdrücklich akzeptiert hatte. Ebenso hatte sich die Einschätzung der Lage des Landes und der sozialpolitischen Aktivität der Regierung, vor allem der so genannten „Missionen“ (s. Kasten auf Seite 191), inzwischen eindeutig ins Positive gekehrt. Entsprechend verbesserten sich die Aussichten des Präsidenten, den Volksentscheid für sich zu verbuchen (Tabelle 3).

Sozialpolitik über die staatliche Bürokratie hinaus: die „Missionen“

Präsident Chávez verband seine sozialpolitischen Vorstellungen mit seinem Gespür für Symbolik und die Wirkung politischer Mythen. Er kreierte – mitunter spontanen Eingebungen folgend, etwa im Zuge seines sonntäglichen Radio- und Fernsehprogramms *Aló Presidente* – einen breiten Fächer institutionenübergreifender (oder -unterlaufender) Projekte, die er „Missionen“ nannte und auf die ehrwürdigen Namen einer Reihe von Befreiungshelden und Kaziken aus der Kolonialzeit taufte. Der Begriff „Mission“ ist dabei durchaus im christlichen Sinne der Glaubensverbreitung mit dem Ziel der Erlösung zu verstehen. Während seines Programms *Aló Presidente* vom 29. August 2004 sagte Chávez, alle Missionen müssten in die „Mission Christus“ münden, die endgültige Ausmerzung der Armut bis 2021, dem Jahr, bis zu dem er zu regieren gedenkt. Ziel der Missionen sei auch die „Beseitigung des alten bürokratischen und unfähigen Staates, den wir vor fünf Jahren übernommen haben und der nicht dazu taugte, die Probleme des Landes zu lösen“ (Chávez 2004). Da die Missionen von Kommissionen umgesetzt werden, die dem Präsidenten direkt zugeordnet sind und durch Direktabgaben der staatlichen Erdölgesellschaft PdVSA weitgehend jenseits des vom Parlament verabschiedeten Haushalts finanziert werden, sind sie nur schwer zu prüfen (zumal sie auch nicht der Kontrolle des Rechnungshofs unterliegen). Nachfolgend eine Übersicht über die Missionen:

Misión Barrio Adentro (April 2003): Medizinische Versorgung in Armutsvierteln für ca. 17 Millionen Venezolaner, unterstützt von mehr als 10.000 entsandten kubanischen Ärzten; im Dezember 2003 wurden die ersten 20 Stationen übergeben, als erster Schritt zur Einrichtung der geplanten 5000 im Jahr 2004. Näheres unter www.barrioadentro.gov.ve.

Misión Robinson (Juli 2003): Alphabetisierungskampagne mit kubanischer Unterstützung, benannt nach Simón Rodríguez „Robinson“, dem Lehrer Bolívars. Bisher haben den offiziellen Angaben zufolge 1,3 Millionen Menschen lesen und schreiben gelernt. Näheres unter www.misionrobinson.gov.ve.

Misión Sucre (September 2003): Kampagne zur Hochschuleingliederung von Abiturienten ohne Studienplatz, benannt nach Bolívars Kampfgefährten Marschall José Antonio Sucre. Bisher haben sich 430.000 Abiturienten eingeschrieben, 140.000 Stipendien wurden vergeben.

Näheres unter www.misionsucre.gov.ve.

Misión Mercal (Oktober 2003): Ladenkette mit zahlreichen Filialen, in denen Grundnahrungsmittel zu subventionierten Preisen angeboten werden; ersetzte die vorher von den Streitkräften organisierten Wochenmärkte; soll die Ernährung von etwa 8 Millionen Personen sichern.

Näheres unter www.mercal.gov.ve.

Misión Guaicaipuro (Oktober 2003): Wiedereinsetzung der indigenen Völker in ihre angestammten Rechte im Sinne der Verfassung von 1999; benannt nach dem Kaziken Guaicaipuro, der im 16. Jahrhundert über Jahre hinweg den Spaniern die Besiedlung des Tals von Caracas erfolgreich verwehrte, bis er schließlich 1568 vom Stadtgründer Diego de Losada besiegt und getötet wurde. In Venezuela sind etwas mehr als 510.000 Personen erfasst, die indigenen Völkern angehören.

Näheres unter www.gobiernoenlinea.ve/docMgr/sharedfiles/MisionGuaicaipuro.pdf.

Misión Ribas (November 2003): Kampagne zur Förderung von Personen aller Altersgruppen mit dem Ziel, sie zum Abitur zu führen, benannt nach dem Helden der Schlacht von La Victoria im Befreiungskrieg gegen die Spanier; dementsprechend werden die Teilnehmer der Kampagne offiziell als *vencedores* (Sieger) bezeichnet. Im August 2004 waren über 23.000 Klassen eingerichtet.

Näheres unter www.misionribas.gov.ve.

Misión Vuelvan Caras (Januar 2004): Kampagne zur Eingliederung Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt, benannt nach einem Wendemanöver der Lanzenreiter des Generals Páez, mit dem dieser einen überlegenen Royalistenverband schlagen konnte. Entsprechend werden die Teilnehmer dieser Kampagne *lanjeros* (Lanzenreiter) genannt; unterstützt durch Arbeitsbörsen „kämpfen“ sie an den „Ausbildungsfronten“ Landwirtschaft, Industrie, Tourismus, Infrastruktur und Dienstleistungen; Ziel: Verringerung der Arbeitslosigkeit (von 17% zu Jahresbeginn) auf 5% zum Jahresende 2004.

Näheres unter www.vuelvancaras.gov.ve.

Misión Identidad (April 2004): Kampagne zur Schnellversorgung mit Ausweispapieren parallel zu den Meldeämtern, einschließlich der Schnelleinbürgerung ausländischer Bürger; in Verbindung damit Eintrag ins Wahlregister. Den Angaben der Mission zufolge sollten in 550 mobilen Einheiten eine halbe Million Personen versorgt werden, s. www.misionribas.gov.ve/mribas/v3_misionidentidad.html.

Misión Piar (Juli 2004): Kampagne zur Betreuung von Goldsuchern, vor allem im Bundesstaat Bolívar, benannt nach General Piar, den Bolívar wegen Insubordination in Angostura erschießen ließ; noch nicht näher definiert, s. www.gobiernoenlinea.ve.

Zur Glaubwürdigkeit der Wahlorganisation und des Ergebnisses

Aus Sicht der Meinungsforscher passt der Sieg des Präsidenten im Volksentscheid über seine Amtsenthörung ebenso ins Bild wie seine Deutlichkeit. Dennoch sind Zweifel und Bedenken hinsichtlich dieses Ergebnisses nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, denn Vorbereitung und Durchführung des Wahlakts sowie die Übermittlung und Auszählung der Ergebnisse waren keineswegs transparent.

Der Vorwurf fehlender Transparenz des Wahlprozesses stützt sich vor allem auf Klagen, die regierungsfreundliche Mehrheit des Obersten Wahlrats habe die Chancengleichheit beider Seiten verletzt, restriktive Bedingungen für die nationale und internationale Wahlbeobachtung und -prüfung durchgesetzt, elektronische Wahlmaschinen ohne ausreichende Sicherheitsgarantien und vor allem ohne Ausschreibung durch Direktvergabe angeschafft, den Wahlvorgang durch den unnötigen Einsatz von Fingerabdruck-Scannern behindert und eine zeitgleiche Überprüfung der Ergebnisübermittlung und -feststellung verhindert. Zu diesen Klagen können in ihrem jeweiligen Kontext folgende Argumente und Hinweise angeführt werden:

Regelwerk für die internationalen Wahlbeobachter: Mit der Mehrheit der drei regierungsfreundlichen Mitglieder verabschiedete der Oberste Wahlrat ein Regelwerk, dessen besonders restriktive Teile von den beiden oppositionsnahen Mitgliedern abgelehnt wurden. Das Regelwerk stieß im In- und Ausland auf herbe Kritik. Den Beobachtern wurde untersagt, sich gegenüber Medien zu äußern, ihre Abschlussberichte unterlagen der Vertraulichkeit, und es blieb dem Rat vorbehalten, die Inhalte bekanntzugeben. Die Beobachter durften nur jene Wahllokale aufsuchen, über deren Auswahl sie sich vorher mit der Wahlbehörde verständigt hatten. Darüber hinaus behielt sich der Rat das Recht vor, Beobachtern ihre Akkreditierung zu entziehen, wenn er zu dem Schluss kam, sie hätten die Regeln verletzt. Schließlich mussten internationale Organisationen einen Passus unterzeichnen, in dem sie erklärten, ihre internen Regelwerke stimmten mit den CNE-Bedingungen überein. Diese Regeln kollidieren zum Beispiel mit dem Verhaltenskodex für Wahlbeobachtung des in Schweden beheimateten *International Institute for Democratic and Electoral Assistance* (IDEA 1995). Die Europäische Union verwarf deshalb ihr Vorhaben, eine Mission zu entsenden. In der Erklärung der EU-Präsidentschaft heißt es:

„The EU regrets that it cannot deploy an observation mission to the referendum in Venezuela. Unfortunately, it has not been possible to secure with the Venezuelan electoral authorities the conditions to carry out observation in line with the Union’s standard methodology used in all countries where EU election observation missions are deployed” (European Union 2004).

Die Organisation Amerikanischer Staaten und das Carter-Zentrum hatten an dem Regelwerk nichts auszusetzen. Ihre Beobachtungsmöglichkeiten waren mithin eingeschränkt.

Chancengleichheit: Wie schon in den langwierigen Debatten, Verhandlungen und Regelungen der Unterschriftenaktionen zur Herbeiführung des Volksentscheids konnte die *Coordinadora* praktisch keine ihrer Vorstellungen zur Vorbereitung (Anzahl, Lage, Einrichtung und Ausstattung der Wahllokale), Durchführung (wegen der einfachen Entscheidung zwischen Ja und Nein wären manuell ausgezählte Stimmzettel ausreichend gewesen) und Überprüfung des Wahlakts (*quick count* und Überprüfung einer repräsentativen, öffentlich gezogenen Stichprobe der Wahllokale bzw. -maschinen) zur Geltung bringen. Außerdem beurlaubte die Wahlbehörde ausgerechnet in der heißen Phase der Wahlvorbereitungen eine Reihe erfahrener Mitarbeiter, ersetzte bis dahin tätige Wahlausschussmitglieder und Mitarbeiter der Wahllokale in zahlreichen Gemeinden durch andere, und verwehrte die manuelle Auszählung der maschinengedruckten Stimmzettel in einer repräsentativen Stichprobe der Wahllokale. In der Folge konnte das Maschinenergebnis nicht direkt und sofort mit dem Urneninhalt verglichen werden. Diese Grundbedingungen zur Sicherung der Transparenz von Wahlakten bei Benutzung elektronischer Wahlmaschinen (*touch-screen*) hält zum Beispiel die US-amerikanische Organisation *Verified Voting* (verifiedvoting.org) für unerlässlich. Darüber hinaus wurde das Wählerverzeichnis ohne Konsultationen umgestellt, mit der Folge, dass zahlreiche Wähler anderen Wahllokalen zugeordnet wurden, gelegentlich sogar außerhalb ihres Wohnorts. Die Opposition machte auf diesen Umstand aufmerksam, die internationalen Beobachter nahmen ihn nicht zur Kenntnis.

Elektronische Wahlmaschinen: Die drei regierungsfreundlichen Mitglieder des Obersten Wahlrats entschieden sich für den Ankauf von 20.000 elektronischen Wahlmaschinen für etwa US\$ 80 Mio. An den Firmen mit Sitz in Florida, die diese Maschinen und ihre Programme in Li-

zenz vertreiben, ist die venezolanische Regierung beteiligt. Nach dem Haushaltsrecht müssten solche Verträge ausgeschrieben werden; in diesem Fall segnete der Haushaltsausschuss des Parlaments mit den Stimmen der Regierungsmehrheit den Ankauf wegen Zeitdrucks ab. Der Volksentscheid vom 15. August war der erste größere Test dieser Maschinen, die bis dahin nicht für solche Wahlen eingesetzt worden waren. Ergänzend ist zu vermerken, dass das Land für die Wahlen von 1998 und 2000 Wahlzettelscanner eingesetzt und später angekauft hatte, die nun in einem Lager des Obersten Wahlrats verstauben. Elektronische Wahlmaschinen gelten überdies selbst in ihrem Ursprungsland USA immer noch als problematisch: so wurden zum Beispiel bei verschiedenen Wahlakten Fehler registriert, die zu Wahlwiederholungen, falschen Ergebnissen, verlorengegangenen Stimmen, zum Vertauschen der Resultate für Ja- und Nein-Optionen bei Referenden, falscher Stimmenzuordnung für verschiedene Kandidaten und der Notwendigkeit manueller Nachzählungen geführt hatten (Verified Voting 2004). Angesichts solcher bekannten Pannen wäre eine größere Offenheit der Wahlbehörde gegenüber Forderungen nach manueller Nachzählung hilfreich gewesen und hätte die Glaubwürdigkeit des Wahlergebnisses erhöhen können.

Fingerabdruck-Scanner: Die Wahlbehörde entschied mit der Mehrheit ihrer drei regierungsfreundlichen Mitglieder den Ankauf von 12.000 Fingerabdruck-Scannern, mit denen doppelte Stimmabgaben vermieden werden sollten. Bei früheren Wahlen hatte man zu diesem Zweck die Wähler aufgefordert, nach der Stimmabgabe den Kleinen Finger der rechten Hand mit einer schwer abwaschbaren roten Tinte zu benetzen, ein wirksames, schnelles und sehr billiges Verfahren. Am Wahltag erwiesen sich die Scanner als große zeitliche Hindernisse; viele Wähler mussten stundenlang in langen Schlangen ausharren, vor allem in den größten Städten, weil die Geräte öfter den Dienst versagten und sehr langsam arbeiteten. Deshalb musste die Schließung der Wahllokale mehrfach hinausgeschoben werden; schließlich wurde die Nutzung der Scanner ausgesetzt.

Überprüfung: Ein bis heute nicht abgeschlossenes Thema, über das sicher noch lange diskutiert wird, auch wenn solche Debatten eher akademischer Natur sind. Am Wahlsieg des Präsidenten Chávez ist nicht zu rütteln, es sei denn – und das ist wenig wahrscheinlich – es würden schlüssige Beweise eines massiven Wahlbetrugs vorgelegt. Dennoch sollten die kritischen Aspekte der Wahlüberprüfung angesprochen werden.

Ein erster Punkt ist die rasche Bestätigung des von der Wahlbehörde in den frühen Morgenstunden bekanntgegebenen vorläufigen Endergebnisses durch Generalsekretär César Gaviria (OAS) und Ex-US-Präsident Jimmy Carter. Bereits zwei Tage später hatten sie offenbar eingesehen, dass sie vorschnell geurteilt hatten. In einer gemeinsamen Presseerklärung kündigten sie an, sie würden gemeinsam mit der Wahlbehörde eine Stichprobe von 150 Wahltschen (Wahllokale haben im allgemeinen mehrere Wahltsche, damit mehrere Wähler gleichzeitig abgefertigt werden können) auf Stimmigkeit untersuchen. Diese zusätzliche Prüfung führten sie nicht durch, weil sie an dem Ergebnis oder der Integrität des Wahlakts zweifelten, sondern weil die Opposition Zweifel geäußert hätte. Eine solche Erklärung lässt zumindest den Schluss zu, dass die Beobachter sich zur Absegnung des Prozesses und seines Resultats mit Prüfungstechniken abgefunden hatten, die eine der beiden Seiten nicht zu überzeugen vermochten. Die Wahlbehörde rückte von der ursprünglichen Übereinkunft ab, eine repräsentative Zufallsstichprobe von einem Prozent der Wahlmaschinen – also 199 – sofort nach Schließung der Wahllokale und vor der Datenübermittlung in Anwesenheit von Beobachtern und Zeugen der Opposition zu überprüfen: die ausgedruckten, in den jeweiligen Wahlurnen verwahrten und danach handgezählten Ja- und Neinstimmen hätten mit der maschinellen Zählung übereinstimmen müssen, und die Transparenz des Prozesses wäre offensichtlich gewesen. Dies geschah nicht; stattdessen wurde eine weniger repräsentative Stichprobe von 150 Wahlurnen mit einem von der Wahlbehörde zur Verfügung gestellten Zahlengenerator ausgewählt, drei Tage nach der Wahl und mit Wahlurnen, die in dieser Zeit jeder Beobachtung entzogen waren, weil sie in Kasernen aufbewahrt wurden (s. OAS 2004b). Unter diesen Bedingungen kamen die Prüfer zu dem Schluss, mögliche Fehler seien irrelevant. Dass eine Opposition damit nicht zufrieden war, in deren Unterschriftslisten dieselbe Wahlbehörde hunderttausende Signaturen annulliert hatte, die später ausdrücklich bestätigt wurden, ist nicht verwunderlich.

Trotz dieser Zweifel bleibt festzuhalten, dass der Ständige Rat der OAS das Ergebnis des Volksentscheids über die Amtsenthebung des venezolanischen Staatspräsidenten in seiner Sitzung vom 26. August 2004 bestätigte, das venezolanische Volk und Präsident Chávez beglückwünschte und begrüßte, dass Präsident Chávez einen Prozess der nationalen Aussöhnung vorantreiben wolle (OAS 2004c). Damit dürfte die

Akte Venezuela für die Hemisphärenorganisation zunächst abgeschlossen sein.

Bisher hat es noch keine konkreten Schritte in Richtung einer Versöhnung der beiden feindlichen Lager gegeben, wie sie Chávez nach der Bekanntgabe des Ergebnisses versprochen hatte. Wie schon nach dem gescheiterten Militärputsch des Jahres 2002 zeigte er sich erst einmal konzipiant und gesprächsbereit; der Vizepräsident wurde mit der Einberufung von Gesprächsrunden betraut. Einige Tage später schränkte Chávez jedoch sein Angebot bereits wieder ein. Die *Coordinadora Democrática* erkenne er nicht an, so Chávez (noch im Mai 2003 hatte die Regierung mit dieser Instanz der Opposition durch Vermittlung von OAS, UNDP und Carter-Zentrum ein formelles Abkommen unterzeichnet), und man werde sich darum bemühen, dass die OAS die Demokratische Charta Amerikas dahingehend ändere, dass Opponenten, die das demokratische System missachten, zur Verantwortung gezogen werden können (El Universal 2004).

Chávez hat der Opposition und nicht zuletzt seinen Gefolgsleuten vorgeführt, dass seine interaktiv inszenierten, direkten Eingriffe zur Umsetzung seiner politischen Eingebungen und Vorstellungen sehr wirksam sind, dass immer noch mehr die Bewegung denn der Inhalt das Ziel ist, und dass seine Truppen ohne ihn nicht schlagkräftig wären.

Ausblick

Die seit mehr als einem Jahrzehnt schwelende politische und gesellschaftliche Krise wird mit der Relegitimierung des Präsidenten Chávez und seines Regimes nicht überwunden, weil nur geringe Aussicht besteht, dass sich die politischen und gesellschaftlichen Akteure zu einem demokratischen Grundkonsens durchringen können, der sich auf gegenseitige Achtung und den Ausgleich der legitimen Interessen der Mehrheit und der Minderheit gründet.

Die nächste Etappe der Auseinandersetzung um Machtanteile zwischen Regierung und Opposition sind die Kommunal- und Regionalwahlen, die von der Wahlbehörde für den 31. Oktober angesetzt wurden. Außerdem stehen noch die

Volksentscheide über die Abberufung von neun Abgeordneten der Opposition aus. Wenn die derzeitige, mehrheitlich positive Grundstimmung gegenüber Chávez und seiner Regierung anhält – nichts spricht für das Gegenteil – dürfte er aus beiden Wahllakten gestärkt hervorgehen und danach einen erneuten Schub zur Konsolidierung jener Mischung aus staatskapitalistisch-liberaler Makropolitik und direkt basisorientierter Mikropolitik auslösen, der neuen gesellschaftlichen Zündstoff bergen dürfte. Mit der Verabschiedung verschiedener geplanter, im Vorfeld des Volksentscheids jedoch angesichts ihrer Konfliktivität aufgeschobener Gesetzesvorhaben (zum Beispiel das Mediengesetz und das Gesetz zur Schaffung einer nationalen Polizei als Ersatz der kommunalen und regionalen Sicherheitskräfte) und der anstehenden Neubesetzung des Obersten Gerichts wird es leichter sein, Konflikte mit legalen Mitteln zu unterdrücken.

Hauptproblem ist die ungewisse Nachhaltigkeit der konsumorientierten Ausgabenpolitik, die von hohen Erdöleinnahmen abhängt. Solange die Erdölpreise sich auf einem Niveau von über US\$ 30 pro Fass halten, ist diese Politik weiter finanzierbar, allerdings auf Kosten der Sicherung zukünftiger Einnahmen durch Investitionen in die Exploration und Entwicklung neuer Lagerstätten und Förderquellen. Internationale Investoren dürften diesen Part wie bisher zum Teil übernehmen, aber das bedeutet auch Einbußen an Verfügungsgewalt.

Aus regionaler Sicht ist die Legitimation des Chávez-Regimes ein Ansporn für neopopulistisch-nationalistische Bewegungen in Lateinamerika, auch deshalb, weil es willens und in der Lage ist, solche Bewegungen aktiv zu unterstützen. In der OAS hat sich Venezuela über Nacht vom Problemfall zu einer Art Modellfall gemausert und dürfte seine Rolle in der Organisation entsprechend aufgewertet sehen. Beruhigt hat sich auch das Verhältnis zu den USA: Solange Chávez nicht allzu große Nähe zu dort als terroristischen Organisationen eingestuft Gruppen sucht und die Erdöllieferverträge wie bisher erfüllt, droht ihm von Norden her kein Ungemach. Derweil kann er Venezuelas außenpolitische Position durch Diversifizierung in Richtung Asien weiter stärken.

Literaturverzeichnis

- Bloomberg News & Commentary, Latin America (2004a): (June 23), <http://quote.bloomberg.com/apps/news?pid=10000086&sid=aKNvYA3oDmVM&refer=latinamerica>, 1.9.2004; s.a. sid=aEOjcNiXPM2E, 29.8.2004.
- Consejo Nacional Electoral (2004): www.cne.gov.ve/resultados, 29.8.2004.
- Chávez F., Hugo R. (2004a): Aló Presidente 202, www.rnv.gov.ve/noticias/index.php?act=ST&t=8108, 4.9.2004.
- Chávez F., Hugo R. (2004b): Mensaje a la Nación Venezolana, Caracas, 4. Juni 2004, s. www.gobiernoenlinea.ve/docMgr/sharedfiles/Mensaje_Convocatoria_Referendum_4jun2004.pdf, 29.8.2004.
- Chávez F., Hugo R. (2003): Ansprache „Tercer aniversario de la relegitimación de los poderes“, www.venezuela.gov.ve/ns/aloc/relegitimacion30jul03.doc, 26.9.2003.
- Consultores 21 (2003): Presentación Estudio Perfil 21, No. 56, Especialización en Opinión Pública y Comunicación Política, Universidad Simón Bolívar, Caracas.
- Defensoría del Pueblo (2004a): Declaración contra la Violencia, por la Paz y la Democracia (Caracas, 18 de febrero de 2003), www.defensoria.gov.ve/detalle.asp?sec=190800&id=1044&plantilla=8.
- Defensoría del Pueblo, Acuerdo entre el Gobierno de la República Bolivariana de Venezuela y la Coordinadora Democrática (Caracas, 23 de mayo de 2003), www.defensoria.gov.ve/detalle.asp?sec=190800&id=1045&plantilla=8.
- El Universal (México) (2004): Desconoce Chávez al bloque opositor, www.el-universal.com.mx/noticia_busqueda.html?id_nota=326675&tabla=internacional_h, 29.8.2004.
- European Union (2004): Declaration by the Presidency on behalf of the European Union on the Presidential Revocatory Referendum in Venezuela on 15 August 2004, Pres/04/91, Brussels, 3 August 2004.
- Greenberg/Quinlan/Rosner Research Inc. (2003): Encuesta realizada en conjunto, Presentación, Especialización en Opinión Pública y Comunicación Política, Universidad Simón Bolívar, Caracas.
- International Institute for Democratic and Electoral Assistance (1995): Code of Conduct, Ethical and Professional Observation of Elections, www.idea.int/publications/conduct/pdf/obs_english.pdf.
- Keller y Asociados (2003): Condiciones del Escenario Político de Venezuela/Septiembre de 2003, Presentación, Especialización en Opinión Pública y Comunicación Política, Universidad Simón Bolívar, Caracas.
- Lander, Edgardo (2004): Venezuela: colonialismo racista de opositores, ALAI-Amlatina, 19.8.2004, www.alainet.org/lidas/arc/alai-amlatina/2004-08/msg00013.html, 29.8.2004.
- OAS/Organization of American States (2004a): Misión de Observación Electoral, www.upd.oas.org/lab/MOE/2003/Venezuela/report_03_31_04_spa.pdf, p. 16.
- OAS/Organization of American States (2004b): Auditoría de resultados del proceso de referéndum revocatorio presidencial Venezuela, Informe final de la OEA y del Centro Carter, 26 de agosto de 2004, www.oas.org/documents/Venezuela/Referendo-OEA-Ccarter.pdf.
- OAS/Organization of American States (2004c): Resultados del referéndum revocatorio presidencial celebrado en Venezuela el 15 de agosto de 2004, CP/RES. 869 (1436/04).
- Oropeza, Angel; Carrasquero, José Vicente y Welsch, Friedrich (2001): Chavacismo y polarización social, in: *Temas de Coyuntura* 43, S. 55-71.
- Petras, James (2004a): Venezuela's Referendum: The Truth About Jimmy Carter, www.venezuelanalysis.com/print.php?artno=1213, 29.8.2004.
- Petras, James (2004b): El presidente Chávez y el referéndum: mitos y realidades, s. www.diarimardeajo.com.ar/presidentchavezreferendum.htm, 29.8.2004.
- Venezuelan Views, News and Analysis (2004): www.venezuelanalysis.com/print.php?newsno=1303 (July 2), 29.8.2004; ebenso [newsno=1304](http://www.venezuelanalysis.com/print.php?newsno=1304) (July 3), [newsno=1321](http://www.venezuelanalysis.com/print.php?newsno=1321) (July 27) u. [newsno=1323](http://www.venezuelanalysis.com/print.php?newsno=1323) (July 30).
- Verified Voting (2004): Electronic Miscounts and Malfunctions in Recent Elections, www.verifiedvoting.org.
- Welsch, Friedrich u. Carrasquero, José Vicente (2000): Opinión pública y cultura política en Venezuela: La consolidación del chavacismo, in: Friedrich Welsch u. Frederick C. Turner, Opinión Pública y Elecciones en América, Caracas: CDP Publicaciones, S. 173-192.

Autorennotiz:

Friedrich Welsch, Professor für Politische Wissenschaft, Universidad Simón Bolívar, Caracas,

E-Mail: welsch@usb.ve oder welsch@cantv.net

Gabriel Reyes, Wissenschaftlicher Assistent, Universidad Simón Bolívar, Caracas,

E-Mail: gabriel_reyes@cantv.net

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte, Bert Hoffmann; Textverarbeitung: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

Institut für Iberoamerika-Kunde • Hamburg

Oliver Diehl / Wolfgang Muno (Hrsg.)

Venezuela unter Chávez – Aufbruch oder Niedergang?

Frankfurt/M.: Vervuert 2004, ca. 175 S.

- in Vorbereitung -

**Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg
Band 61**

Institut für Iberoamerika-Kunde, Alsterglaciis 8, 20354 Hamburg

Tel. 040 / 41 47 82 01 – Fax 040 / 41 47 82 41

E-Mail: publications@iik.duei.de – <http://www.duei.de/iik>